

Zur Sache 2-2026 - 21. April 2026

[Zur-Sache-politische-analysen-zu-Israel-Palästina-und-Nahost](#)

Francesca Albanese ist eine italienische Juristin und Menschenrechtsexpertin, die seit Mai 2022 ehrenamtlich als UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete tätig ist. In dieser Rolle dokumentiert und analysiert sie schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Vernichtungskrieg in Gaza und wirft Israel wiederholt Kriegsverbrechen und systematische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung vor. Ihre Arbeit, darunter Berichte über Folter als „Staatspolitik“ Israels und die These eines „kolonialen Völkermords“ in Gaza, hat international und auch in Deutschland für scharfe Kritik gesorgt.

Dass sie für ihre Arbeit von der deutschen Regierung und anderen westlichen Staaten massiv angegriffen und mit Rücktrittsforderungen konfrontiert wird, zeigt, wie unangenehm ihre Arbeit für diejenigen ist, die die israelische Besatzungspolitik unterstützen, decken oder relativieren.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft schätzt Albanese als eine der wenigen unabhängigen Stimmen, die sich trotz aller Anfeindungen nicht einschüchtern lässt. Ihre Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung über die Lebenswirklichkeit in Palästina, die Verletzungen von Menschen- und Völkerrecht und eine Mahnung an die Bundesregierung, ihrer völkerrechtlichen Verantwortung endlich gerecht zu werden.

In der Märzausgabe von [„Le Monde diplomatique“](#) nimmt die Juristin Stellung zu Vorwürfen und der Kritik an ihrer Arbeit:

Anatomie einer Diffamierung – Antwort an meine Kritiker

von Francesca Albanese

Seit mehr als zwei Jahren ist mein Mandat Gegenstand sorgfältig orchestrierter Polemik und zunehmender Virulenz. Am 8. Februar griff mich ein französischer Abgeordneter aufgrund gekürzter Aussagen an, in denen ich behauptete, Israel sei

"der gemeinsame Feind der Menschheit", während meine Rede sich an die Länder richtete, die Israel bewaffnet hatten, sowie an die Medien- und Social-Media- Algorithmen, die den genozidalen Diskurs verstärkten (1). Ohne sich die Zeit zu nehmen, den genauen Inhalt meiner Aussagen zu überprüfen oder die Fakten zu prüfen, wiederholte der französische Außenminister Jean-Noël Barrot diese Angriffe sofort auf internationaler Ebene, verurteilte Äußerungen, die ich nie gemacht habe, als *"empörende und schuldig"* und kündigte an, dass Frankreich die Angelegenheit an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen weiterleiten werde, um meinen Rücktritt zu fordern. Seine italienischen, deutschen und tschechischen Kollegen folgten diesem Beispiel, ohne die grundlegenden Prüfungen durchzuführen, die ihre Aufgaben erforderten. Am 19. Februar wiederholte der französische Premierminister Sébastien Lecornu dieselbe Bitte öffentlich.

Während Kritik jeder öffentlichen Funktion innewohnt, besonders wenn es um Menschenrechte geht, offenbart dieser Fall einen beunruhigenden Aspekt: die Unerbittlichkeit, mit der einige Staaten den Überbringer angreifen, anstatt die Botschaft zu widerlegen.

Die beispiellose und zersetzende Natur dieses Angriffs auf einen unabhängigen Experten, der von den Vereinten Nationen ernannt wurde, ist nicht nur auf die Gewalt der Anschuldigungen und die bewusste Erfindung von Lügen zurückzuführen. Aber auch, und vor allem, die Tatsache, dass die Spitze des Staates das Manöver leitet und übernimmt. Es handelt sich nicht mehr um eine Kontroverse, sondern um das Symptom des Bankrotts eines Systems, das aus feierlichen Versprechen und internationalen Verträgen besteht, die in Friedenszeiten geltend gemacht werden, aber begraben werden, sobald deren Anwendung gestört wird.

Vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) ernannt, bin ich seit dem 1. Mai 2022 und bis 2028 Sonderberichterstatter. Als achte Inhaberin dieses Mandats – und als erste Frau in dieser Position – habe ich dieses ehrenamtliche Engagement übernommen, nachdem ich eine Karriere mit der Verteidigung der Menschenrechte gewidmet hatte, hauptsächlich bei den Vereinten Nationen – insbesondere beim Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte und der United Nations Relief and Works Agency für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) in Jerusalem –, und akademische Forschung zu Palästina.

Die Aufmerksamkeit, die Israel zuteilwird, ist keine Frage persönlicher Entscheidung oder Voreingenommenheit: Sie geht auf die Resolution 1993/2A des Menschenrechtsrats zurück, die am 19. Februar 1993 als Reaktion auf fast drei Jahrzehnte Besetzung von Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem verabschiedet wurde. Mich der "mangelnden Neutralität" zu beschuldigen, bedeutet, dieses Mandat bewusst zu verzerren. Keiner der vierzehn anderen UN-Berichtersteller mit Landesmandat ist solchen Angriffen ausgesetzt; niemand wirft den Amtsinhabern in Afghanistan, Russland oder Iran eine "Besessenheit" bei der Ausübung ihrer Mission

vor. Doch sobald es Israel betrifft, wird die gewöhnliche Erfüllung eines Mandats in den Augen einiger, sogar innerhalb von Regierungen, zu einem zu rechtfertigenden Fehler und nicht zu einer zu erfüllenden Pflicht.

Meine Aufgabe ist es, in den besetzten Gebieten Fakten festzustellen und rechtlich zu qualifizieren, wo es einen institutionalisierten Rechtsdualismus gibt: Das Zivilrecht gilt für israelische Siedler und das Militärrecht für Palästinenser, einschließlich Kinder. Tatsächlich ist Israel das einzige Land der Welt, in dem Kinder systematisch vor Militärgerichten verfolgt werden. Dieses System als Apartheid gegen die Palästinenser in Form einer Militärdiktatur zu bezeichnen, ist keine Provokation, sondern eine rechtliche Charakterisierung. Meine ersten Berichte, die 2022–2023 bei den Vereinten Nationen eingereicht wurden, dokumentierten die systematische Behinderung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, die willkürliche und systematische Entziehung der Freiheit sowie die strukturellen Auswirkungen der Besatzung auf Kinder (2).

Ein offenes Panoptikon

Das Recht, frei als Volk zu leben, über seine politische Stimme zu entscheiden, seine Ressourcen zu verwalten, die eigene Zukunft und Selbstbestimmung zu gestalten, setzen die Ausübung aller anderen Rechte voraus. Seine Negation steht im Zentrum jedes kolonialen Siedlungsprojekts. Seit Jahrzehnten machen territoriale Fragmentierung, Siedlungserweiterung, Einschränkungen bei Bewegung, Arbeit, Bildung und Zugang zur Justiz, Landbeschlagnahme, Abriss von Zehntausenden Häusern, Abriegelung von Gaza und fast 6.000 Todesfälle, darunter schätzungsweise 1.200 Kinder, verursacht durch israelische Angriffe zwischen 2008 und 2022, jede Aussicht auf ein freies und unabhängiges Leben unwahrscheinlich.

Im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet hat Israel ein Gefängnisregime errichtet – von unterschiedlicher Intensität und Methode –, das alle Dimensionen des täglichen Lebens einschränkt. Ständig überwacht, behindert durch Kontrollpunkte, Mauern und ein unterdrückendes bürokratisches Netzwerk, ständig willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung, Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung ausgesetzt, leben Palästinenser in einem offenen Panoptikon (3).

Kurz vor den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 fertiggestellt und präsentiert, ist mein Bericht über die Kindheit sowohl der belastendste als auch der am wenigsten kommentierte. Er bezieht sich auf den Prozess des " *Unchilding* ", einen Begriff aus dem israelisch-palästinensischen Akademiker Nadera Shalhoub-Kevorkian (4), um das tägliche Leben von Kindern zu beschreiben, denen Schutz und Unschuld beraubt sind und in allgegenwärtiger Gewalt aufwachsen: getötet, verstümmelt, verwaist, Zeugen des Todes oder der ewigen Demütigung ihrer Angehörigen sowie der Zerstörung ihrer Häuser. Ihre Verzweiflung zu ignorieren heißt, einen Teil unserer

Menschlichkeit aufzugeben und die heiligste Verpflichtung und das internationale Recht der Welt zu verletzen: Kinder zu schützen.

Mein Bericht vom März 2024 ist Teil dieses Ansatzes; Es betrifft auch die Opfer eines strukturierten Systems. Mit dem Titel "Anatomie eines Genozids (5)" dokumentiert er die ersten fünf Monate israelischer Angriffe auf Gaza nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober 2023: Morde, schwere körperliche und seelische Schäden, Unterwerfung von Lebensbedingungen zur Zerstörung der Gruppe, vor dem Hintergrund entmenschlichender Rhetorik von Staatsbeamten. In dieser Zeit tarnte Israel sein Handeln als "humanitäre Tarnung", gefasst in beruhigender Sprache – "Konflikt", "Kollateralschaden", "Sicherheitszonen", "Evakuierungsbefehle" –, um die allmähliche Auslöschung von Gaza und seiner Identität zu rechtfertigen, die Unterdrückung der Fähigkeit der Palästinenser, als Gemeinschaft zu existieren, ihr Land zu bewohnen, ihr Land zu bewohnen, ihr Land zu bewohnen, ihr Land zu bewohnen. Übertragen Sie ihre Erinnerung. Im folgenden Bericht, "Koloniale Auslöschung durch Völkermord" (6), habe ich gezeigt, wie sich dieser Völkermord durch ethnische Säuberungen auf das Westjordanland und Ostjerusalem ausbreitet – all das bildet das logische Ergebnis eines Siedlerkolonisierungsunternehmens: Auslöschen zum Ersetzen, Zerstören um sich aneignen.

Ich bin nicht der Einzige, der zu solchen Schlussfolgerungen gekommen ist. Bereits im Januar 2024 stellte der Internationale Gerichtshof (IGH) fest, dass ein plausibles Risiko einer Verletzung der Völkermordkonvention bestand, und ordnete vorläufige Maßnahmen an. Im Juli 2024 entschied das Gericht außerdem, dass Israels Anwesenheit im besetzten palästinensischen Gebiet rechtswidrig war und forderte, diese sofort und bedingungslos zu beenden. Schließlich stellte das Gericht die Existenz systemischer Diskriminierung, Verstöße gegen das Verbot der Rassentrennung und der Apartheid sowie Politiken der Annexion fest. Es gibt unzählige Institutionen und Organisationen, die zu dem Schluss kommen, dass Israel einen Völkermord an dem palästinensischen Volk auf dem wenigen verbliebenen Gebiet Palästinas begeht. Der israelische Historiker Raz Segal schlug im Oktober 2023 Alarm. Im Jahr 2024 glaubten israelische Historiker, die sich auf den Holocaust spezialisiert haben, wie Amos Goldberg und Omer Bartov, ebenfalls, dass ihr Land einen Völkermord begehe (7). Einige Monate später kam Amnesty International zum gleichen Schluss, und im Juli 2025 (8) veröffentlichte die israelische Organisation B'Tselem einen Bericht zu diesem Zweck unter einem belastenden Titel, der auf Hebräisch noch auffälliger ist: "Unser Völkermord" (9). Schließlich bestätigte die von den Vereinten Nationen eingesetzte unabhängige internationale Untersuchungskommission im September 2025 auch, dass in Gaza ein Völkermord stattfand (10). Trotz sorgfältiger Dokumentation der begangenen Verbrechen haben diese Berichte von westlichen Medien und Regierungen kaum oder gar keine Aufmerksamkeit erhalten. Ohne eine formelle richterliche Entscheidung ist der Untersuchungsausschuss das, was einer quasi-richterlichen Schlussfolgerung auf Grundlage von Faktenermittlung und

Analyse des Gesetzes am nächsten kommt. In jedem Fall entsteht die Verpflichtung, Völkermord zu verhindern, sobald ein ernstes Risiko identifiziert wird. Im Januar 2024, als der IGH ein plausibles Risiko in Gaza erkannte, mussten die Staaten handeln – beginnend mit der Aussetzung der Waffenlieferungen.

Meine Analyse der Komplizenschaft bestimmter Unternehmen, veröffentlicht im Juli 2025, rief die heftigsten Reaktionen hervor. Darin beschreibe ich die *„genozidale Wirtschaft“*: ein Netzwerk privater Akteure, die durch ihre Investitionen, Technologien, Dienstleistungen und Lieferketten, die in früheren Berichten beschriebene Realität materiell unterstützen. Eine solche Beteiligung bringt ihre Verantwortung mit sich. Das Ende des Völkermords bedeutet auch, die wirtschaftlichen Strukturen abzubauen, die ihn möglich – und profitabel – machen. Dieser Bericht führte dazu, dass die Vereinigten Staaten bereits im August 2025 drakonische Sanktionen gegen mich verhängten – eine Praxis, die bereits bei Richtern des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und mehreren palästinensischen Organisationen angewandt wurde. Ich bin finanziell von der Welt abgeschnitten. Jeder, der irgendeine Verbindung zu mir hat, einschließlich meiner Familienmitglieder (ich bin Mutter einer Tochter mit US-Staatsbürgerschaft), wird mit Geldstrafen von einer Million Dollar und zwanzig Jahren Gefängnis bedroht. Meine Fähigkeit, mein Mandat auszuüben und, ganz einfach, mein Leben zu führen, ist stark eingeschränkt.

Obwohl diese Angriffe von meinem eigenen Land, Italien, unterstützt werden und in Ermangelung konkreter Unterstützung anderer Staaten vorhanden ist, habe ich meine Mission fortgesetzt. Mein jüngster Bericht beschreibt den Völkermord in Gaza als *ein „kollektives Verbrechen“* ([12](#)), weil er durch die unerschütterliche politische und militärische Unterstützung mehrerer Staaten ermöglicht und finanziert wurde, einschließlich derjenigen, die mich jetzt am heftigsten angreifen.

Die Vereinigten Staaten bleiben bei weitem der größte Waffenlieferant für Israel, während mehrere EU-Mitgliedstaaten weiterhin diese Transfers liefern; die Union bleibt Tel Avivs führender Handelspartner. Mit wenigen Ausnahmen, wie Spanien und Slowenien, haben die Staaten des Alten Kontinents sich für Untätigkeit oder Komplizenschaft entschieden. Frankreich zum Beispiel hat den Überflug seines Luftraums durch Herrn Benjamin Netanjahu mehrfach genehmigt, trotz des vom IStGH gegen ihn erlassenen Haftbefehls. Paris hat weiterhin mit militärischer Ausrüstung gehandelt, den Transit durch seine Häfen und Flughäfen erleichtert und einen intensiven Handel mit Israel aufrechterhalten. Große französische Banken finanzieren Unternehmen, die mit der israelischen Militärindustrie und Siedlungen verbunden sind, während mehrere tausend Franco-Israelis in der israelischen Armee dienen.

Kriminalisierung von Solidarität

Gleichzeitig verschärfte sich die Repression der Mobilisierungen: Demonstrationen wurden verboten, akademische Konferenzen zensiert, Aktivisten und Journalisten wurden der "Verherrlichung des Terrorismus" beschuldigt, und gewaltsame

Polizeieingriffe. Deutschland, Italien, Frankreich und das Vereinigte Königreich stehen in diesem Bereich an vorderster Front – unter dem Vorwand eines legitimen Kampfes gegen Antisemitismus. Gesetzentwürfe schlagen vor, den unentbehrlichen Kampf gegen Judenfeindlichkeit und alle Formen von Rassismus mit dem Verbot jeglicher Kritik an Israel als Staat zu vereinen. Als offensichtlich dargestellt, ist diese Verwirrung, die unsere jüdischen Brüder und Schwestern mit israelischer Politik gleichsetzt, Teil einer politischen Offensive: Sie instrumentalisiert den Kampf gegen Antisemitismus, um die Solidaritätsbekundung mit dem palästinensischen Volk zu kriminalisieren und Schmutzkampagnen zu rechtfertigen. Weil sie die Politik von Tel Aviv kritisieren, sind israelische Staatsangehörige und Juden weltweit denselben Schmutzkampagnen ausgesetzt. Ihre Stimmen werden unterdrückt, und ihre Loyalität wird infrage gestellt.

Antisemitismus, schrecklich und abscheulich, ist Judenhass: Er hat nichts mit der Arbeit von Menschenrechtsverteidigern zu tun, sondern mit der Analyse der Handlungen eines Staates. Das gesamte System des Völkerrechts basiert auf dem Prinzip der Staatsverantwortung. Es sind die Staaten, die rechtliche Verpflichtungen übernehmen und tragen, und sie sind es, die sich überhaupt für ihre Verstöße verantworten müssen. Israel bildet da keine Ausnahme: Kritik am Staat Israel richtet sich nicht gegen das, was der Staat Israel *ist* oder welche Religion er bekennt, sondern gegen das, was er *tut*, insbesondere nach internationalem Recht, das er schwerwiegend, wiederholt und mit anhaltender Straflosigkeit verletzt.

Die aufgeworfene Frage ist nicht ideologisch, sondern rechtlich: Erfüllt Frankreich seine internationalen Verpflichtungen, indem es solche Handlungen durchführt? Mein Mandat als Sonderberichterstatter hat mir eine wesentliche Sache beigebracht: Wenn Macht infrage gestellt wird, wird nicht debattiert, sondern zugeschlagen. Verleumden, um zu disqualifizieren, einzuschüchtern, um zum Schweigen zu bringen; Gewalt verrät Fieberhaftigkeit statt Gewalt.

Meine Arbeit ist eine Fortsetzung der meiner Vorgänger: Herr John Dugard, Herr Richard Falk und Herr Michael Lynk. Auch ihnen wurde Antisemitismus oder Selbstzufriedenheit gegenüber Terrorismus vorgeworfen. Auch gegen sie wurde der Prozess eingesetzt, Polemik anstelle dokumentierter Tatsachen und Ad-hominem-Angriffe anstelle juristischer Analyse einzusetzen. Die Mechaniken sind inzwischen gut etabliert. Pro-israelische Gruppen – angeführt von der in Genf ansässigen UN-Watch – veröffentlichen seit Jahren verleumderische Berichte gegen jeden, insbesondere innerhalb der Vereinten Nationen, der die Verstöße Tel Avivs gegen das Völkerrecht dokumentiert. Unter dem Vorwand, die "*unverhältnismäßige Behandlung Israels*" auszugleichen, isolieren und fragmentieren diese Akteure Aussagen, um deren Bedeutung zu verändern, und verstärken und wiederholen dann ihre Desinformation, bis sie als wahr erscheint.

Bei genauerem Hinsehen klingen die "Berichte" dieser Gruppen hohl. Innerhalb der Vereinten Nationen ist ihre falsche und verleumderische Natur schon lange bekannt.

Die Anschuldigungen, ich hätte die Gräueltaten vom 7. Oktober 2023 gerechtfertigt, sexuelle Gewalt bestritten oder das Leiden der Geiseln heruntergespielt, stammen aus dieser Erfindung, obwohl ich die Angriffe auf israelische Zivilisten am 7. Oktober und die Verbrechen der Hamas im Allgemeinen unmissverständlich und unerbittlich verurteilt habe.

Ich habe sie ohne Zögern als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt, deren Täter in internationalen Verfahren verfolgt werden müssen. Ich habe die sexuelle Gewalt gegen israelische Opfer verurteilt, wie sie von der UN-Untersuchungskommission dokumentiert wurde (13), und betrachte gemäß internationalem Recht Vergewaltigung im Kontext der Feindseligkeit als Kriegswaffe, die ein Kriegsverbrechen darstellen und je nach Situation ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen kann. Internationale Gerechtigkeit funktioniert nicht durch selektive Empörung oder politische Instrumentalisierung. Sie basiert auf der rechtlichen Qualifikation der Tatsachen, der Festlegung individueller Verantwortlichkeiten und der *Achtung des ordnungsgemäßen* Verfahrens für alle ohne Ausnahme.

Obwohl meine Verurteilung der Massaker und anderer Verbrechen gegen israelische Zivilisten eindeutig war, widersprach ich der weit verbreiteten Behauptung, besonders in Frankreich aus einem mir entfallenden Grund, dass sie hauptsächlich durch Antisemitismus motiviert seien (14): Wie angesehene Spezialisten für Holocaust und Antisemitismus betont haben, ist diese Lesart sowohl fehlerhaft als auch gefährlich, weil sie die strukturellen Ursachen von Gewalt verschleiert und ihre Analyse verzerrt (15). Obwohl Antisemitismus für einige der Angreifer eine individuelle Rolle gespielt haben mag, ereigneten sich diese Massaker, wie UN-Generalsekretär António Guterres feststellte, im Kontext von sechsundfünfzig Jahren erdrückender Besatzung. Kein Verbrechen rechtfertigt ein anderes Verbrechen. Aber den Kontext zu ignorieren bedeutet, eine verzerrte Lesart beizubehalten, die Gefahr läuft, den Kreislauf der Gewalt zu befeuern, anstatt ihn zu lösen, und gefährdet Palästinenser und Israelis gleichermaßen.

Was diese Kampagne offenbart, ist, dass die Energie, die darauf verwendet wird, mich zu verleumden, im Gegensatz zum Schweigen angesichts der anhaltenden Verbrechen in Gaza und der Untätigkeit gegenüber denen steht, die Gegenstand internationaler Haftbefehle vor dem IStGH sind. Unter dem Vorwand, die UN zur Rechenschaft zu ziehen, geht es in Wirklichkeit darum, die Verteidigung der Menschenrechte als partiische Position neu zu definieren.

Die Ironie ist schonungslos. Im September 2025 erkannte Frankreich den Staat Palästina an, eine Geste, die als starkes Signal und symbolischer Wendepunkt gefeiert wurde. Aber einen Staat anzuerkennen, dessen Besatzer aktiv unterstützt wird, ohne Druck auszuüben, das Völkerrecht zu respektieren und den bedingungslosen Rückzug aus den vom ICJ geforderten besetzten Gebieten durchzuführen, ist eher eine Frage diplomatischer Haltung als eines rechtlichen und

politischen Engagements. Die Anerkennung eines Staates ohne Territorium, ohne Souveränität, ohne Ende der Besatzung sind nichts als leere Worte, besonders wenn man gleichzeitig versucht, die Experten einzuschüchtern, die genau die Verstöße dokumentieren sollen, die die konkrete Schaffung eines solchen Staates unmöglich machen. Man kann Palästina am Montag nicht anerkennen und versuchen, seine Verteidiger den Rest der Woche zum Schweigen zu bringen.

Die Anführer, die sich für dieses Spiel eignen, zielen nicht nur auf mich ab. Sie opfern die internationale Rechtsordnung selbst und beschleunigen den Abbau des humanitären Völkerrechts und der Institutionen, die es garantieren, genau in dem Moment, in dem ihr Überleben auf dem Spiel steht.

Wir können vor der Wahrheit davonlaufen, aber es ist schwieriger, sie zu verbergen. Es ist nur eine Frage der Zeit: Die Gerechtigkeit wird an die Tür der Täter der Verbrechen in Gaza und ihrer Komplizen klopfen. Die Zerstörung Gazas hat Gewissen geweckt, das als betäubt galt, und sichtbar gemacht, was viele nicht sehen wollten: nicht nur die Brutalität der Besatzung, sondern auch die aktive Mitschuld unserer westlichen Demokratien an ihrer Fortsetzung. Denn Israel ist keine Anomalie in der Weltordnung; Es ist in vielerlei Hinsicht der Spiegel, in dem wir außergewöhnliche Logiken entdecken, koloniale Hierarchien zwischen Trauerwürdigen Leben und Leben, die man verbringen kann, eine Rhetorik der Sicherheit, die Straflosigkeit garantiert. Die meisten westlichen Regierungen stellen sich Israel nicht, weil sie sich selbst herausfordern würden.

Heimat der Menschenrechte?

Deshalb ist es sowohl lehrreich als auch traurig, dass Frankreich, die erklärte Heimat der Menschenrechte, an vorderster Front steht, nicht um ein Prinzip zu verteidigen, sondern um den Status quo zu schützen; Nicht um das Völkerrecht zu fördern, sondern um seine Wächter zu neutralisieren.

Allerdings hat sich etwas verändert. Eine Bewegung ist entstanden – auf Hochschulen, in sozialen Medien, auf der Straße, im Gerichtssaal –, die echte soziale Gerechtigkeit, wirksame Achtung der Menschenrechte, de-kolonialen Multilateralismus und die Universalität ihrer Prinzipien ohne Ausnahme fordert. Eine Universalität, die Apartheid nicht akzeptiert, selbst wenn sie von einem Staat praktiziert wird, der mit westlichen Hauptstädten verbündet ist. Diese Bewegung wird sich nicht durch Schmutzkampagnen zum Schweigen bringen lassen. Er wird sich von seinen Sanktionen, seinen Repressionen nicht entmutigen lassen. Sie wächst und stärkt sich, wenn die Lügen und Verzerrungen, die sie disqualifizieren wollen, ans Licht kommen.

Francesca Albanese

UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtsslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten.

- (1) *Siehe [meine vollständige Stellungnahme an das Al-Jazeera Forum](#)* (AJ Forum), X (ehemals Twitter), 9. Februar 2026.
- (2) *Vgl. "[Situation der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten](#)"* (A/77/356), "[Willkürliche Freiheitsentzug im besetzten palästinensischen Gebiet: die Erfahrungen der Palästinenser hinter Gittern und darüber hinaus](#)" (A/HRC/53/59) und "[Situation der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten seit 1967](#)" (A/78/545), Berichte des Sonderberichterstatters zur Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, Vereinte Nationen, 21. September 2022, 28. August 2023 bzw. 20. Oktober 2023.
- (3) *Vgl. Michel Foucault, [Überwachung und Bestrafung. Naissance de la prison](#)*, Gallimard, Paris, 1975.
- (4) Nadera Shalhoub-Kevorkian, *[Inhaftierte Kindheit und die Politik des Entkindings](#)*, Cambridge University Press, 2019.
- (5) "[Anatomie des Völkermords](#)" (A/HRC/55/73), Bericht des Sonderberichterstatters zur Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, Vereinte Nationen, 1. Juli 2004.
- (6) "[Koloniale Auslöschung durch Völkermord](#)" (A/79/384), Bericht des Sonderberichterstatters zur Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, Vereinte Nationen, 1. Oktober 2024.
- (7) *Vgl. Raz Segal, "[Ein Lehrbuchfall von Völkermord](#)"*, JewishCurrents, 13. Oktober 2023; Amos Goldberg, "[Was in Gaza geschieht, ist ein Völkermord, weil Gaza nicht mehr existiert](#)", *Le Monde*, 29. Oktober 2024; Omer Bartov, "[Ein Historiker des Völkermords im Angesicht Israels](#)", *Orient XXI*, 5. September 2024.
- (8) "[Israel und das besetzte palästinensische Gebiet. Die Untersuchung von Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass Israel in Gaza einen Völkermord an Palästinensern begeht](#)", Amnesty International, 5. Dezember 2024.
- (9) "[Unser Völkermord](#)", B'Tselem, Juli 2025.
- (10) *Siehe [UN News Bulletin](#)*, 16. September 2025.
- (11) "[Von einer Besatzungswirtschaft zu einer Volksmordwirtschaft](#)" (A/HRC/59/23), Bericht des Sonderberichterstatters zur Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, Vereinte Nationen, 2. Juli 2025.
- (12) "[Gaza-Völkermord: ein kollektives Verbrechen](#)" (PDF), Bericht des Sonderberichterstatters zur Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, Vereinte Nationen, 20. Oktober 2025, www.ohchr.org
- (13) *Vgl. "[Detaillierte Ergebnisse zu Anschlägen am und nach dem 7. Oktober 2023 in Israel](#)"* (PDF), Vereinte Nationen, 10. Juni 2024.
- (14) *Vgl. "[Israels symbolisches 'Verbot' darf nicht von Gräueltaten in Gaza ablenken: UN-Experte](#)"*, United Nations Human Rights, 15. Februar 2024.
- (15) *Vgl. Omer Bartov, Christopher R. Browning, Jane Caplan, Debórah Dwork, David Feldman et al., "[Ein offener Brief über den Missbrauch der Holocaust-Erinnerung](#)"*, *The New York Review of Books*, 20. November 2023.
- (16) *Vgl. "[Bemerkungen des Generalsekretärs vor dem Sicherheitsrat – zum Nahen Osten](#)"*, 24. Oktober 2023.

Spendenaufwurf

Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung:

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

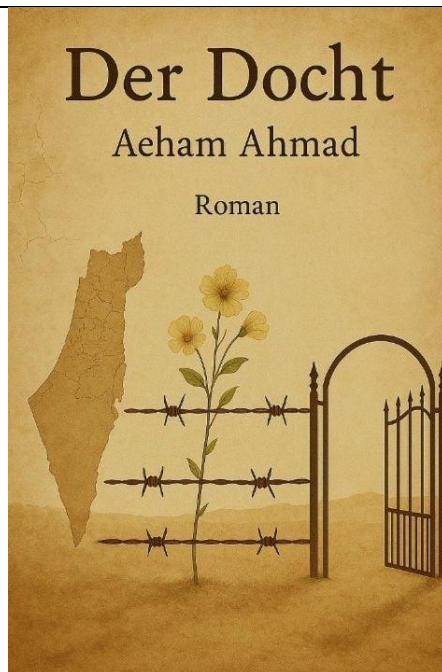
BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza - Palästina

Wir fordern angesichts von Israels Menschenrechtsverletzungen die vollständige Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel

Daher fordern wir die Kommission auf, dem Rat einen Vorschlag für die vollständige Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel vorzulegen.

Siehe: https://citizens-initiative.europa.eu/initiatives/details/2025/000005_de



Beschreibung

Wenn man zwischen den Welten geboren wurde - noch dazu als Frau -, dann dreht sich die Erde weiter, ohne Notiz von diesem Menschenleben zu nehmen. Die Zeit verrinnt, ohne Spuren bei mir zu hinterlassen, und das Schicksal fragt nicht nach meiner Bestimmung. Aber manchmal reicht ein kleiner Funke, um einen Docht zu entzünden, dessen Flamme den Lebensweg erhellt und zu meinem ganz persönlichen Ziel leitet.

Hinaus aus dem Flüchtlingsviertel Yarmouk auf eine Reise zu meinen palästinensischen Wurzeln, durch den Krieg zum Frieden und wieder zurück, bis meine Bestimmung plötzlich klar und deutlich vor mir liegt. Eine Frau geht unerschrocken ihren Weg zu ihrer Identität, ihren Wurzeln und ihrer Zukunft.

Facebook und Instagram



Die Beendigung der israelischen Besatzung ist der Schlüssel zum Frieden!



Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.